

Vorwort

Nach dem deutsch-österreichischen Juliabkommen 1936 schien sich die internationale Lage Österreichs – eingekeilt zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien – zu stabilisieren. Auch der stark umjubelte Einmarsch der österreichischen Mannschaft bei den Olympischen Sommerspielen in Berlin am 1. August 1936 signalisierte dem internationalen Beobachter eine scheinbare Entspannung des seit 1933/34 durch viele NS-Sprengstoffanschläge und einen Mordanschlag gegen Bundeskanzler Dollfuß vergifteten Verhältnisses zwischen Hitler und seiner alten Heimat. Immerhin gewann die österreichische Olympia-Mannschaft, die wie auch zahlreiche andere Nationen beim Vorbeimarsch an Hitlers Podium den Nazigruß entboten hatten, mehr olympische Medaillen als jemals zuvor und danach.

Als Folge des Juliabkommens hob das Deutsche Reich die „Tausend-Mark-Sperre“ vom 27. Mai 1933 auf, was vor allem dem Tourismus in Westösterreich entgegenkam. Am 6. August 1936 trat der Kontrollor des Völkerbundes für die Finanzgebarung Österreichs, Rost van Tonningen, zurück, da sich die Wirtschaftslage Österreichs gebessert hatte. Vor dem Hintergrund des beginnenden Bürgerkriegs in Spanien beurteilte freilich die neue Regierung des Bundeskanzlers Kurt Schuschnigg – unter Einbau von Vertretern der nationalen Opposition – die internationale Lage weiterhin skeptisch und erließ am 14. Oktober 1936 ein Frontmilizgesetz, das auf freiwilliger Basis alle bisherigen Mitglieder von Wehrverbänden in die Vaterländische Front integrierte. Kommandant wurde der in den Kärntner „Abwehrkämpfen“ verdiente Feldmarschalleutnant Ludwig Hülgerth, der bald auch zum Vizekanzler aufstieg. Die am 25. Oktober 1936 gebildete „Achse Berlin – Rom“ signalisierte Schuschnigg, dass nun Mussolini durch seine Annäherung an Hitler als Garant für die Unabhängigkeit Österreichs nach und nach ausfiel. Als Schuschnigg und der neue Staatssekretär Guido Schmidt im April 1937 von Mussolini und Ciano in Venedig empfangen wurden, machte der italienische Ministerpräsident klar, dass eine Ordnung des Donaupraumes ohne Deutschland nicht in Frage komme.

Der „Führer und Reichskanzler“ Adolf Hitler – spätestens seit den Olympischen Spielen am Beginn seiner „charismatischen Herrschaft“ – hatte seine Kernvorstellungen keineswegs vergessen: Kampf gegen Versailles, rasche militärische Wiederaufrüstung, Ausschaltung der Juden und „Arisierung“ ihres Besitzes, Erwerb von „Lebensraum“ im Osten, Entscheidungskampf gegen

den Bolschewismus, Vorherrschaft über Europa. Der beginnende Bürgerkrieg in Spanien zwischen der in den Wahlen knapp siegreichen Volksfront und den Faschisten unter General Franco eröffnete Hitler die Möglichkeit, Franco mit Transport- und Jagdflugzeugen sowie zwei Kriegsschiffen zu unterstützen. Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Hermann Göring, betrieb die Aufstellung der gemischten Luftwaffeneinheit „Legion Condor“, die am Nachmittag des 26. April 1937 gemeinsam mit italienischen Kräften den baskischen Marktflecken Guernica zerstörte und 2500 Einwohner tötete oder verletzte.

Bereits Ende August 1936 hatte Hitler seine Denkschrift zum „Vierjahresplan“ diktiert und Göring zum Koordinator eingesetzt: In den nächsten vier Jahren müsse die Wehrmacht einsatzfähig, die Wirtschaft kriegsbereit sein. Der Schwung für die Rüstungswirtschaft, den der Vierjahresplan auslöste, war gewaltig, ging allerdings auf Kosten der Konsumwirtschaft. Als der italienische Außenminister Ciano im Oktober 1936 auf dem „Berghof“ vorsprach, stellte Hitler klar: Zwischen Italien und Deutschland gebe es keine Interessengegensätze – Das Mittelmeer sei „ein italienisches Meer“, Deutschland müsse Handlungsfreiheit im Osten und im Ostseeraum haben. Im November einigten sich Berlin und Tokio, die beiden stärksten expansionistischen Mächte, auf einen Pakt gegen die Komintern. Hitlers Reichstagsrede am 30. Januar 1937 mit der Versicherung, „dass damit die Zeit der sogenannten Überraschungen abgeschlossen“ sei, stellte daher lediglich eine Camouflage dar, vielleicht eine taktische Finte, um die stürmische Aufrüstung auszubalancieren. Auch die deutsche Wirtschaft schaffte es nicht, Kanonen und Butter zugleich zu liefern. International war aber im Jahre 1936 die Brüchigkeit und chronische Instabilität der Nachkriegsordnung von 1919/20 brutal bloßgestellt worden (Ian Kershaw).

Andererseits versprachen sich viele österreichische Wirtschaftstreibende nach dem Juliabkommen, an den Vorteilen einer Großraumwirtschaft partizipieren zu können. Zwar befanden sich vor 1938 nur etwa 10 Prozent des österreichischen Industriekapitals und etwa 8 bis 9 Prozent des Aktienkapitals der Banken in deutschem Eigentum, aber über einige herausragende Betriebe wie die Alpine-Montan-AG, die Böhler-Werke und die Siemens-Schuckert-Werke wurde nicht nur eine „gelbe“ (= nationale) Gewerkschaft gefördert, sondern auch die NS-Agitation. Auch die Kärntner, Tiroler und Vorarlberger Industriellen sympathisierten stärker mit der NS-Bewegung als die Unternehmungskreise in Ostösterreich. Unter den Unselbständigen neigten Angestellte und pauperisierte Beamte stärker zur NSDAP als politisch organisierte Arbeiter (Roman Sandgruber).

Als Staatssekretär Schmidt im Mai 1937 London besuchte, wurde ihm im Foreign Office verdeutlicht, dass Wien keine Garantie der Westmächte zugunsten der österreichischen Unabhängigkeit erwarten dürfe, wie sie 1934 erfolgt war. Andererseits erließ der deutsche Reichskriegsminister Werner von Blomberg am 24. Juni eine „Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht“,

in der unter dem Titel „Sonderfall Otto“ der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich für den Fall einer Restauration der Habsburger vorgesehen wurde. Bereits am 4. Februar 1937 hatte Schuschnigg einen „Siebener-Ausschuss“ der nationalen Opposition initiiert, mit dessen Hilfe illegale Nationalsozialisten in die Regierungsarbeit einbezogen werden sollten, und zwar im Rahmen des „Volkspolitischen Referats“ der Vaterländischen Front. Der Siebener-Ausschuss erhielt ein exemtes Büro in der Wiener Teinfaltstraße, das sich zum Hauptquartier des illegalen NS-Landesleiters Hauptmann Josef Leopold entwickelte. Im Juni 1937 wies die illegale österreichische NSDAP bereits einen Mitgliederstand von 75.572 auf. Hitlers „Nationalisierung der Massen“ (Ian Kershaw) begann nicht nur weite Gesellschaftskreise Deutschlands zu erfassen, sondern zunehmend auch in breite Schichten der österreichischen Gesellschaft einzudringen. Im Juli 1937 wurden zwar in Österreich „nur“ 193.000 unterstützte Arbeitslose registriert, diese Zahl berücksichtigte allerdings nicht die bereits „Ausgesteuerten“ und die jüngsten Jahrgänge der Schulabgänger, die noch gar nicht in Arbeit gekommen waren.

Besonderen Dank für ihre Hilfe schulden wir Mag. Dr. Philipp Greilinger für die fachmännische Transkription der Dokumente und den Damen und Herren des Österreichischen Staatsarchivs für wertvolle Hinweise. Für die Finanzierung der Editionsarbeit und der Drucklegung dieses Bandes sei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gedankt, vor allem dem Verlag unter Leitung von Mag. Lisbeth Triska und der Buchproduktion durch Robert Püringer.

Wien, im Juli 2015

Die Herausgeber

